

Bis Ende 2018 wurden 15.600.000 Kilo Spaltelementmüll in Deutschland erzeugt

Kein Kilo entsorgt

Seit 1957 wird in deutschen Atomreaktoren Uran gespalten und dabei Atom Müll erzeugt. Dieser ist unvorstellbar radioaktiv. Ein halbes Jahr nach Entnahme der verstrahlten Spaltelemente (verharmlosend Brennelemente genannt) aus einem AKW strahlen diese rund **10 Milliarden Mal** so stark wie ein unverstrahltes Uranspaltelement. Das ist, als wenn ein 1 m hoher Baum auf 10 Millionen km Höhe wüchse. Nach einigen weiteren Jahren ist die Radioaktivität noch etwa **5,2 Millionen** mal so groß wie die von Uran. Dann klingt die Radioaktivität immer langsamer ab. Noch nach 1 Million Jahre ist sie deutlich höher als die von Uran.

Bis Ende 2018 wurden in Deutschland rund 15.643.000 Kilo dieses Spaltelementmülls erzeugt. Jedes Betriebsjahr produziert ein großer Leistungsreaktor rd. 27.000 kg hochradioaktiven Atom Müll. Dieser braucht mehr als 1 Million Jahre um wieder auf das Radioaktivitätsniveau von Uran (25.000 Kernzerfälle je Gramm und Sekunde) abzuklingen.

Gebrochene Versprechen, Lügen und Eingeständnisse

1955 empfahl im Bundeswirtschaftsministerium ein hoher Beamter: "Die unschädliche Abführung radioaktiver Abfallstoffe ist eine Aufgabe, die gelöst werden muss, bevor der Bau eines Reaktors in der dicht besiedelten Bundesrepublik vertreten werden kann." (Geo 3/2012)

atomwirtschaft 6/1961 Vor über 45 Jahren schrieb die *atomwirtschaft*, quasi die Verbandszeitung der Atomindustrie, die Atom Müllfrage sei erledigt

Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der KKW vom 28.9.1979

„Sie (die Regierungschefs) bekräftigen den Grundsatz, daß die sichere Gewährleistung der Entsorgung der Kernkraftwerke eine der unabdingbaren Voraussetzungen für die weitere Nutzung und für den weiteren begrenzten Ausbau der Kernenergie bildet.“

Bundeskanzler Helmut Kohl in der Regierungserklärung vom 4. Mai 1983

„Die Entsorgung muss und wird zügig verwirklicht werden.“

Bundesminister für Forschung und Technologie Heinz Riesenhuber am 7. Juni 1983: „Die Entsorgung im eigentlichen Sinn findet erst bei der Endlagerung statt.“ („Wohin mit dem nuklearen Abfall?“, Okt. 83)

Verband der Elektrizitätswirtschaft e.V. am 28.2.1997. „Entsorgung radioaktiver Abfälle gelöst“

Im Umweltgutachten 2000 des Sachverständigenrates, der ausschließlich aus von der Kohl-Regierung berufenen Wissenschaftlern zusammengesetzt war, wurde festgestellt: „**Der Umwelttrat hält aufgrund der Charakteristiken bestrahlter Brennelemente und der darin begründeten, in weiten Teilen ungelösten Entsorgungsprobleme eine weitere Nutzung der Atomenergie für nicht verantwortbar.**“

Mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die von CSU, CDU, FDP und PDS beschließt der Bundestag am 14. Dez. 2001 bei der Verabschiedung des neuen Atomgesetzes den Entschlie-
Bungsantrag 14/7840: „Die Verantwortung für die Endlagerung liegt beim Bund. Da die politi-
schen Entscheidungen eine große Tragweite haben, sieht sich der Gesetzgeber in der Pflicht,
die Arbeits- und Entscheidungsprozesse kontinuierlich zu verfolgen. Er beauftragt deshalb den
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, ihm in der 15. Legislatur-
periode einen **nationalen Entsorgungsplan** vorzulegen, in dem Sachstand, weiteres Vor-
gehen und ein Zeitplan für Entsorgung und Endlagerung dargelegt werden. Dieser Entsor-
gungsplan ist fortzuschreiben und dem deutschen Bundestag jeweils ein Jahr nach dem Zu-
sammentritt vorzulegen. ... **Bis zum Jahr 2010** sollte Klarheit über den oder die Standorte be-
stehen, die untertägig auf ihre Eignung als Endlager erkundet werden sollen. Spätestens bis
zum Jahr 2030 sollte ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Betrieb genommen sein.“

Dezember 2002: Der AkEnd legt seinen wertvollen und lesenswerten Abschlussbericht vor:
<http://de.wikipedia.org/wiki/AkEnd> https://www.bundestag.de/endlager-archiv/blob/281906/c1fb3860506631de51b9f1f689b7664c/kmat_01_akend-data.pdf
Darin werden wissenschaftlich begründete Vorschläge für die Auswahlkriterien zur Suche eines
Endlagerstandortes gemacht sowie ein Auswahlverfahren vorgeschlagen, das auch demokrati-
sche Legitimität erlangt. Es soll ein geologisch best geeigneter Ort mit langfristiger Sicherheit
gefunden werden. „Gesteinsausbildung und Gebirgsbau des Standortes sollen eine Isolation
der Abfälle für einen Zeitraum in der Größenordnung von einer Million Jahren gewährleisten.“
Wenige Monate später lehnen sowohl CDU/CSU und FDP wie auch die Stromkonzerne die Mit-
arbeit in einer Verhandlungsgruppe auf Basis des AkEnd-Vorschlages ab.

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005

CDU, CSU und SPD bekennen sich zur nationalen Verantwortung für die sichere Endlagerung
radioaktiver Abfälle und gehen die Lösung dieser Frage zügig und ergebnisorientiert an. Wir
beabsichtigen in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung zu kommen.

Dreist

Homepage des AKW Gundremmingen am 10.7.08 www.kkw-gundremmingen.de/kkw_e.php:

>> ... zeigt, dass die Entsorgung radioaktiver Abfälle technisch gelöst und ganz überwiegend
gängige Praxis ist. Lediglich die Umsetzung des letzten Entsorgungsschritts, nämlich die Endla-
gerung an einem konkreten Standort, steht aufgrund politischer Einflussnahme noch aus. <<

Zweifel an Gorleben

Wolfram König im Interview des Tagesspiegels am 17.7.08

„Manche behaupten, es gebe keine technischen Probleme mehr, nur noch politische. Aber das
ist falsch. Selbst wenn wir heute die Erkundung weiterführen, wüssten wir erst mit einem Plan-
feststellungsbeschluss in 15 Jahren, ob der Salzdom von Gorleben wirklich geeignet ist.“

Realistisch

Michael Sailer (Vorsitzender der neu eingerichteten Entsorgungskommission des Bundesum-
weltministeriums) am 7.8.2008 im Interview des Deutschlandradios Kultur auf die Frage, ob
man stark strahlendes, radioaktives Material überhaupt auf Dauer sicher unterirdisch lagern
kann:

Es ist die einzige Möglichkeit, die wir haben. Man muss sich nur vorstellen, wenn man stark
strahlendes Material über eine Million Jahre oberirdisch lagert, dann wird es garantiert freige-
setzt. Unterirdisch, in einer guten Formation, an einer guten Stelle und technisch gut gemacht,
haben wir durchaus eine Chance, dass das eine Million Jahre zurückgehalten wird.

21.8.08 Bundesumweltminister Gabriel: Endlagersuche erneut gescheitert

Er habe - gemäß Koalitionsvereinbarung - eigentlich erwartet, dass man sich über die Verfah-
rensschritte für eine spätere Erkundung alternativer Endlager- Standorte einigen könne, sagte
er bei der Vorstellung des Strahlenschutzberichts ... Anfangs habe es noch die Unions-Bereit-
schaft gegeben, über das von ihm vorgelegte Endlager-Konzept zu beraten. »Das ist am Veto
von Bayern und Baden-Württemberg gescheitert. [Schwarzwälder Bote]

15.10.08 Erklärung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Endlagerfrage ist lösbar. Unser heutiges Fachgespräch hat gezeigt, dass eine Lösung der Endlagerfrage möglich ist“. (Die Erklärung beruhigt nicht. Sie ist 25 ½ Jahre nach Kohls Entsorgungsversprechen ein Offenbarungseid.)

Wieder auf Null

Nov. 09. Koalitionsvertrag von CDU, CSU u. FDP: > Eine verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie bedingt auch die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle. < Am 30.9.10 veröffentlicht das Bundesumweltminist. Sicherheitsanforderungen an Endlager:
http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/sicherheitsanforderungen_endlagerung_bf.pdf

Juni 2011 Günzburger Erklärung

Auf Vorschlag der Bürgerinitiative FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik e.V. unterzeichnen einige Parteien und Umweltgruppen Schwabens die Günzburger Erklärung. Unter Punkt 2 heißt es:

„In Deutschland soll nach wissenschaftlichen Kriterien ernsthaft der best geeignete Ort für ein unterirdisches Endlager transparent und demokratisch gesucht werden.“

3.6.11 Bundeskanzlerin Merkel: „Wir haben verabredet, dass bis zum Jahresende hierzu [Endlagersuche] eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird.“

Neuer Anlauf im Sommer 13 / Frühjahr 14

Bundestag und Bundesrat beschließen mit fast allen Stimmen von CDU/CSU/FDP/GRÜNEN/SPD ein Endlagersuchgesetz.

Im Frühjahr 14 wird immer noch um die Kommission gestritten. Die Regierenden sehen nicht ein, dass vor der konkreten Standortsuche erst ein nationaler Kraftakt zur Aufklärung über das riesengroße aber verdrängte Atommüllproblem notwendig ist. Sonst wird an jedem denkbaren Standort ein Aufstand beginnen, alles blockieren und die viel zu gefährliche Zwischenlagerung dauert noch wahnsinnig lang. Aber auch die großen Umweltgruppen und -verbände verlieren vor lauter Taktieren gerade in der nachrangigen Frage der Besetzung der Endlagerkommission die Gefahren des oberirdisch lagernden Atommülls aus dem Auge.

Sind wir nicht in der Lage, im politischen Diskurs einen guten Weg zu finden? Tschernobyl brachte 1986 die Mehrheit in der SPD auf den Ausstiegskurs. Im Jahr 2011 führte Fukushima dazu, dass auch in CDU und CSU die Mehrheit den Ausstieg wollte. Wird auch in die Endlagerfrage erst Bewegung kommen, wenn es beim Atommüll „irgendwo kracht“?

17.5.13 Michael Sailer, der seit vielen Jahren in wechselnden Ämtern Chefberater der Bundesregierung in Atommüllfragen ist und dessen Ökoinstitut auch als Gutachter für die Genehmigung der Zwischenlager tätig war, sagt im Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung: „Die Castor-Behälter halten 40 Jahre sicher, eventuell 50 bis 60 Jahre. Aber sie sind jetzt schon nicht terrorfest: Es gibt technische Möglichkeiten, sie kaputt zu kriegen, wenn man das will. Das Modell der Zwischenlagerung funktioniert nur in einer garantiert friedlichen und wohlhabenden Welt, in der der Staat hohe Autorität hat – so dass der Zaun respektiert wird, der vor dem Zwischenlager steht.“

8.9.14 Bundesumweltministerin: Zwischenlager länger als 2050

Im Deutschlandradio sagt die Bundesumweltministerin: „Und diese Zwischenlager werden wir alle brauchen. Denn wir werden frühestens im Jahr 2050 damit beginnen können, das dann endlich gefundene Endlager zu befüllen. Und es wird auch mehrere Jahrzehnte dauern, bis dann tatsächlich der in Deutschland angefallene Atommüll auch in das Endlager verbracht wird. Also, in Wirklichkeit wird erst zum Ende dieses Jahrhunderts das letzte Zwischenlager aufgelöst werden können.“

April 15 Aus der Endlagerkommission heißt es: Das Ende der Atommüll-Einlagerung - also das Einbringen des letzten Atommüll-Behälters - erwarten die Experten demnach erst „zwischen 2075 und 2130“ und den „Zustand eines verschlossenen Endlagerbergwerks „zwischen 2095 und 2170 oder später“.

Herbst 2018 CSU und Freie Wähler schreiben in München in ihren Koalitionsvertrag: „Wir denken beim Schutz unserer Heimat über Generationen hinaus. Wir sind überzeugt, dass Bayern kein geeigneter Standort für ein Atomendlager ist.“ Da Bayern sowohl den meisten Atommüll erzeugt hat wie auch in dünnen Castorhallen gefährlich lagert, ist diese Ansage skrupellos. Und sie ist dumm: Wenn alle Regierungen oder auch Kreistage in Deutschland so denken, wird kein Endlager in Deutschland gefunden werden und der tödlich strahlende Atommüll bleibt in den oberirdischen Zwischenlagern. Mit den Jahrzehnten werden die Castoren durchrosten und die Strahlung in die Umwelt entweichen.

AKW Gundremmingen

Bis Ende 2018 wurden vom AKW Gundremmingen etwa 2.050.000 Kilogramm hochradioaktiver Müll produziert. Schwach- und mittelradioaktiver Müll sogar ein Mehrfaches. Bis heute ist kein Kilo entsorgt – alles nur zwischengelagert! **Ein Verbrechen an unseren Nachkommen!**

Tag für Tag werden in den noch laufenden 6 deutschen AKW-Blöcken jeweils ca. 70 Kilo Spaltelementmüll produziert. Und darin ist jeweils mehr langdauernde Radioaktivität als in allen 126.000 Atommüllfässern der Asse zusammen ist. Jeder Reaktor erzeugt durch die Uran- und Plutoniumspaltung also täglich etwa 1 ½-mal „Asse“. Dazu noch schwach- und mittelradioaktiven Müll.

Fehlerhinweise oder Verbesserungsvorschläge bitte an: r.Kamm@anti-akw.de Danke!

Raimund Kamm

www.atommuell-lager.de